

## Rezensionen

**Achtung Spione! Geheimdienste in Deutschland von 1945 bis 1956. Katalog und Essays im Schuber (Schriftenreihe des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr, Band 11. Herausgegeben von Gorch Pieken und Matthias Rogg). Dresden 2016, 880 Seiten, 43,99 €.**

2016 beging der Bundesnachrichtendienst (BND) einen runden Geburtstag. Vor 60 Jahren nahm der Auslandsgeheimdienst der jungen Bundesrepublik am 1. April 1956 in Pullach bei München offiziell seine Arbeit auf. Anlässlich dieses bedeutenden Ereignisses wurde der Jubilar vom 17. März bis zum 29. November 2016 mit einer exklusiven historischen Ausstellung über seine Vorgängereinrichtung, die Organisation Gehlen (intern als Org bezeichnet), in Dresden bedacht. Die offiziöse Exposition mit dem Titel „Achtung Spione! Geheimdienste in Deutschland von 1945 bis 1956“ konzipierte und gestaltete das Militärhistorische Museum der Bundeswehr (MHM) in Zusammenarbeit mit dem BND und der von ihm berufenen Unabhängigen Historikerkommission (UHK). Außerdem wirkte an dem Kooperationsprojekt die nachrichtendienstinterne Forschungsgruppe „Geschichte des BND“ mit.

Explizit hervorgehoben wird von den verantwortlichen Ausstellungskuratoren und -gestaltern im Katalog, dass etwa ein Drittel der über 600 Exponate Leihgaben des BND waren. Darunter befanden sich viele Kopien von internen Aktenstücken, die bisher als „Verschlussache“ eingestuft waren. Weiteres vorgestelltes Quellenmaterial illustrierte die Aktivitäten der „Gegenseite“ und stammte in erster Linie aus dem Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des DDR-Staatssicherheitsdienstes.

Die Sonderausstellung im Erdgeschoß des Dresdener Museums war ohne besondere

vermittlungstechnische Novitäten übersichtlich und anschaulich gestaltet. Wie auch der Katalog bot sie mit vielen attraktiven originalen Spy-Utensilien, Agentenwerkzeugen, ausführlichen Erläuterungstexten und Dokumentenfaksimiles für ein breites Publikum bzw. für interessierte Laien ein gut aufbereitetes Wissen über den Kalten Krieg in der ersten Nachkriegszeit und die damit im Kontext stehenden klandestinen Aktionen im ost-westlichen Systemkonflikt. Für Fachleute bot sie dagegen inhaltlich nichts großartig Neues.

Kurator Magnus Pohl hatte die Exposition in zwölf Jahresmodule strukturiert. Diese waren mit Schlagzeilen überschrieben, welche den jeweiligen Zeitabschnitt bzw. Ausstellungsschwerpunkt charakterisieren sollten. Darüber hinaus konnten die Besucher eine Rundtisch-Hörstation mit zwölf Zeitzeugenvideointerviews nutzen und in einer speziellen Ausstellungshalle militärische Großgeräte, unter anderem zwei Jagdflugzeuge aus der Außenstelle des MHM in Berlin-Gatow, sowie weitere Geheimdienstgegenstände und -technik, wie zum Beispiel die Chiffriermaschine „Enigma“, in Augenschein nehmen.

Betrachtet man die Dresdener Geheimdienstschau im Detail, so fallen eine Reihe von Defiziten und Merkwürdigkeiten auf. Dazu gehört augenscheinlich der Umstand, dass sie ihrem Untertitel „Geheimdienste in Deutschland von 1945 bis 1956“ absolut nicht gerecht wurde. Mit Ausnahme des MfS blieben sowohl die westlichen Partnerdienste als auch die osteuropäischen feindlichen Spionage- und Geheimpolizeiorganisationen weitestgehend außerhalb der musealen Präsentation. Der inhaltliche Schwerpunkt der Ausstellung und der beiden Begleitpublikationen lag eindeutig bei der Org. Hinsichtlich der Person Reinhard Gehlens, der im MHM eher als pragmatischer und durchsetzungsfähiger Bürokrat dargestellt wurde, gab es unübersehbare Tendenzen zur Ikonisierung. So wurden allein aus dem Nachlass des ehemaligen Chefs der

Abteilung Fremde Heere Ost eine Feldbluse, ein Mantel, ein Smoking, ein Morgenmantel, eine Militärjacke, zwei Kopfbedeckungen und weitere persönliche Gegenstände gezeigt. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass der Kurator und die Gestalter mehrfach der Faszination von Objekten – insbesondere auch von Leihgaben –, für die nur ein indirekter Bezug zum eigentlichen Ausstellungsthema vorlag oder ein solcher in den Erläuterungstexten erst konstruiert werden musste, erlagen. Diesen Umstand illustrieren zum Beispiel der Marschallstab für Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb sowie das Taufkleidchen und die Taufschuhe des ehemaligen hochrangigen Generalstabsoffiziers und Leiters der Auswertungsabteilung der Org, Adolf Heusinger. In ähnlicher Weise bedienten sich die Ausstellungsmacher des privilegierten Status des MHM als Militärmuseum und offerierten aus dessen Sammlungsfond viele noch funktionierende Waffen und Waffensysteme. Des Weiteren ist ein gelber Teddybär, der als sogenanntes Verbringungsmittel erhalten musste, zumindest im Ausstellungskatalog gleich an zwei unterschiedlichen Stellen mit insgesamt vier Fotos präsent.

Bezüglich der zahlenmäßigen und sonstigen Entwicklung des Mitarbeiterbestandes der Org und über den Umfang seines Informantenkreises in der SBZ/DDR vermittelte die vorjährige Exposition keinerlei konkreten Angaben. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen wurden als angeworbene Kontaktpersonen östlich der Elbe lediglich Elli Barczatis, Karl Lorenz und indirekt Siegfried Mempel namentlich erwähnt. Damit wurde eine Chance vertan, Personen zu würdigen, die ihre bewussten Spionageaktivitäten für den Westen als eine Form des politisch motivierten Widerstandes gegen das DDR-Regime verstanden haben. Auch Organigramme, die mittlerweile in jedem Buch über das MfS zur Standardausstattung gehören, suchte man vergeblich, so dass, gewollt

oder zufällig, der strukturelle Aufbau der Org weiterhin im Dunkeln bleibt.

Im Einzelfall enthielten die Erläuterungstexte der Ausstellungsobjekte irreführende oder gar falsche Angaben. So wurde der mehrfach promovierte Propagandaspezialist, inoffizielle Mitarbeiter und langjährige Offizier des MfS – unter anderem in der Abteilung Agitation – Julius Mader als harmloser „DDR-Historiker“ präsentiert. Bezüglich einer bis 1954 geführten Org-Karteikarte über Lawrenti Berija hieß es, dieser sei „seit 1938 amtierender Chef des sowjetischen Geheimdienstes“ und „seit 20. August 1945 zugleich in Personalunion Leiter des Atomprogramms der Sowjetunion“ gewesen. Richtig ist, dass das im April 1943 erneut gebildete NKGB zunächst von Wsewolod Merkulow geleitet und dass im Dezember 1945 das NKWD von Berija an Sergej Kruglow übergeben wurde. Der militärischen Spionageabwehr Smersch stand während ihrer kurzzeitigen semiselbständigen Existenz bis 1946 Viktor Abakumow vor. Erneut amtierte Berija als „Chef des sowjetischen Geheimdienstes“ kurzzeitig von März 1953 bis zu seinem Sturz im Juni des gleichen Jahres.

Der gleichfalls vorbildlich gestaltete und reich illustrierte Essay-Begleitband zur Ausstellung enthält 26 wissenschaftliche Beiträge sowie Interviews mit Egon Bahr, dem Militärgeschichtler Georg Meyer und dem amerikanischen Analysten Daniel Ellsberg. In dem großformatigen Buch kommen eine Reihe ausgewiesener Experten für die Geschichte der deutsch-deutschen Spionageaktivitäten nach 1945 zu Wort. Das Spektrum der Autoren reicht vom Leiter der Forschungs- und Arbeitsgruppe Geschichte des BND, Bodo Hechelhammer, bis zu Erich Schmidt-Eenboom, der das Wirken der westdeutschen Dienste seit Jahren kritisch begleitet hat und auch aktuell beobachtet. Dementsprechend fallen auch die inhaltliche Schwerpunktsetzung und die Wertungen in den

Artikeln aus. Wie in der Ausstellung stehen in der Mehrzahl der Abhandlungen gleichfalls die Org und ihr Chef Reinhard Gehlen im Mittelpunkt.

Obwohl explizit so nicht benannt, verdeutlichen diese Essays, dass die Pullacher Truppe in der prekären Nachkriegszeit ein Überlebenspool und Sammelbecken von teilweise hochrangigen Nazi-Funktionären, Gestapo-Beamten, SS-Leuten und Wehrmachtsoffizieren war. Von dieser Konstellation profitierte insbesondere das Amt Blank und die spätere Bundeswehr. Anhand von exemplarischen Einzelfällen wird der Umstand dokumentiert, dass die amerikanische Sieger- und Besatzungsmacht sowie später die Bundesrepublik in der Org und im BND Kriegsverbrecher und Personen, die in ihrer Funktion im NS-Staat massive Menschenrechtsverletzungen begangen hatten, unter ihre Fittiche nahm. Die politische und moralische Dimension dieses Sachverhalts, zum Beispiel für das Selbstverständnis westlicher Demokratien, wird im Band jedoch nicht einmal ansatzweise thematisiert, geschweige denn diskutiert.

Neben Reinhard Gehlen behandeln einzelne personenbezogene Aufsätze unter anderem die Berufsbiografien von MfS-Minister Erich Mielke und des sowjetischen Agenten in der Org bzw. im BND Heinz Felfe. Erkenntnisreich wäre hier auch eine ausführliche und vertiefende Darstellung des in einigen Artikeln angerissenen machtpolitischen Beziehungsgeflechts zwischen Gehlen und dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt Hans Globke gewesen. In dem Beitrag „Nicht nur Gänseblümchen und Honigfallen“ über Frauen im deutsch-deutschen Geheimdienstgeschäft hätte die Autorin wenigstens darauf hinweisen können, dass eine größere – bisher noch unbekannte – Anzahl von Frauen aus der SBZ/DDR für die Org und andere westliche Dienste an vorderster Spionagefront eine hochrisikofolle Tätigkeit ausübte und nach ihrer Enttarnung oft jahrelang in Zuchthäusern und Lagern eingesperrt war. Über konkrete

Ausspähaktivitäten im ostdeutschen Operationsgebiet und über die Folgen für die festgenommenen Akteure berichten eigentlich nur Ines Reich und Helmut Müller-Enbergs in ihren Kurzstudien.

Eine komprimierte Gesamtschau auf das Agieren der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit („Inkarnation des Antikommunismus“) offeriert Enrico Heitzer. Der sogenannte Friedrich-Wilhelm-Heinz-Dienst und der Bundesverfassungsschutz sowie die dazugehörigen Führungspersönlichkeiten werden dagegen lediglich aus der Perspektive der Org, als deren Gegenspieler und Konkurrenten betrachtet. Definitiv unterbelichtet sind bezogen auf ihr deutschlandspezifisches Wirken auch im Essayband die Spy-Formationen der westlichen Partner und Verbündeten. Gleiches gilt auch für die Feindstrukturen jenseits des Eisernen Vorhangs. Eine Ausnahme stellt der Beitrag von Matthias Uhl dar, welcher die Biografien und die Tätigkeit der sowjetischen Geheimdienst- und Geheimpolizeibevollmächtigten in der SBZ/DDR von 1945 bis 1956 vorstellt. Einzelne Feststellungen, wie zum Beispiel über den Einfluss des MGB-Apparates auf die „innere Entwicklung der SBZ“ oder über die „ständige Aufsicht“ der SED und ihrer „politischen Führung“, sind allerdings sehr undifferenziert und in ihrer Absolutheit nicht haltbar. Schon gar nicht stimmt, dass in der Amtszeit von Michail Kaverznew als Bevollmächtigter (November 1951 bis Mai 1953) weiterhin „fast alle Ermittlungsfälle“ in der DDR von MGB-Offizieren übernommen worden seien. Die überlieferten Haft- und Untersuchungsakten des MfS aus dieser Zeit vermitteln diesbezüglich ein etwas anderes Bild der historischen Geschehnisse und des Vorgehens des DDR-Staatssicherheitsdienstes. Unklar bleibt darüber hinaus, warum Uhl in seinem Text die Sonderrolle der militärischen Spionageabwehr Smersch bzw. des MGB/MWD/KGB in der SBZ/DDR als eigentlicher Gegenspieler der Org nicht thematisiert.

Peinliche Fehler und zweifelhafte Aussagen, die bei aufmerksamer redaktioneller Bearbeitung eigentlich hätten vermieden werden können, enthält die Lebensbeschreibung von Erich Mielke. So behauptet das dänisch-deutsche Autorenteam, dass der spätere MfS-Chef in der Sowjetunion aufgewachsen und in den 1930er Jahren „selbst dabei gewesen“ sei, als „führende[r] europäische[r] Kommunisten“ repressiert wurden.

*Peter Erler*

**Klara Obermüller: Spurensuche. Ein Lebensrückblick in zwölf Bildern. Edition Xanthippe, Zürich 2016, 206 Seiten, 35,90 Fr.**

Die Schweizer Journalistin Klara Obermüller hat sich auf die Erkundungsfahrt in ihre eigene Vergangenheit begeben und darüber ein anrührendes Buch veröffentlicht. Auf dem Buchcover ist die Autorin abgebildet, wie sie an Weihnachten 1948 im



Alter von acht Jahren ihr erstes Buch liest.

Klara Obermüller blieb eine femme des lettres im besten Wortsinn, studierte deutsche und französische Literatur in Zürich, Hamburg und Paris, promovierte über die „Melancholie in der deutschen Barocklyrik“ und schrieb später u.a. für die *Neue Zürcher Zeitung*, für *Die Weltwoche* und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Von 1996 bis 2002 moderierte sie im Schweizer Fernsehen die Sendung „Sternstunden der Philosophie“, im deutschen Fernsehen

gehörte sie 1989/90 zum „Literarischen Quartett“.

Ohne eigenes Verschulden geriet die Schweizerin 2011 in die Schlagzeilen, als herauskam, daß der deutsche Verteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg (CSU) in seiner Doktorarbeit unter anderem 86 Zeilen aus einem Leitartikel von Klara Obermüller abgekupfert hatte, ohne zu offenbaren, wer die kluge Frau war, die da als Quelle seiner „Weisheit“ ungewollt hinter ihm stand. In CSU-Kreisen wiegt angesichts des anstehenden Wahlkampfes das „politische Talent“ zu Guttenberg offenbar schwerer als sein Doktorarbeitsbetrug. Er soll an ausgesuchten Orten wieder wahlkämpfen dürfen. Warum auch nicht, wenn man sich vergegenwärtigt, wie viele von der Stasi-Hochschule in Potsdam vergebenen Dokortitel, die für menschenverachtende Spitzel-Dissertationen vergeben worden sind, dank des Einigungsvertrages von Dr. Schäuble und Co. ihre Gültigkeit behalten haben. Schwamm also drüber? Es geht auch anders, wie Klara Obermüllers „Lebensrückblick in zwölf Bildern“ zeigt, wobei hier insbesondere um das 9. Bild mit der Überschrift „Die Akte“ geht.

Als Studentin besuchte die Autorin 1965 Weimar, den Erinnerungsort der klassischen deutschen Literatur, die Stätte des Wirkens von Goethe und Schiller. Acht Jahre später lernte sie Walter Matthias Diggelmann (1927 - 1979) kennen und lieben. Der aus ärmlichen Verhältnissen stammende Uhrmacherlehrling flüchtete 1944 wegen eines Bagatelldiebstahls aus der Schweiz nach Italien. Dort griffen deutsche Sicherheitskräfte den 17-jährigen Vagabunden auf und schafften ihn als Zwangsarbeiter nach Dresden. Er unternahm einen Fluchtversuch, wurde gefaßt und eingesperrt. Ein Wärter schlug ihm in der Zelle die Zähne aus. Nach seiner Befreiung kehrte Diggelmann in die Schweiz zurück, wo er sich später als Schriftsteller mit kritischen Erzählungen u.a. über die schweizerischen Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg einen Namen machte und kritische Diskussionen befeuerte.

Walter Matthias Diggelmann brachte Klara Obermüller die Idee des Kommunismus nahe. Klara Obermüller schied aus der „bürgerlichen“ *Neuen Zürcher Zeitung* aus und übernahm im Mai 1976 die Präsidentschaft der neu gegründeten Freundschaftsgesellschaft Schweiz – DDR. Im 9. Kapitel ihres Lebensrückblicks schreibt sie, damals sei es ihr einzig und allein darum gegangen, sich „an der Seite des Geliebten für die gemeinsame Sache stark zu machen“. Das Unbehagen, das sie dabei bisweilen verspürte, habe sie unterdrückt. „Voller Elan machte ich mich, zusammen mit meinem Mann, an die Arbeit. Wir organisierten DDR-Wochen in verschiedenen Schweizer Städten, veranstalteten Podiumsdiskussionen und Vortragsabende, luden Schriftsteller zu Lesungen und Musiker zu Konzerten ein und liessen unsere Medienkontakte spielen, damit die Öffentlichkeit auch von unseren Aktivitäten erfuhr.“

Im Herbst 1976 reiste sie mit Walter Matthias Diggelmann auf Einladung der „Liga für Völkerfreundschaft“ vier Wochen lang durch die DDR, um die Errungenschaft des Sozialismus kennen zu lernen. Zurück in der Schweiz veröffentlichten sie ein Buch „DDR, Tagebuch einer Erkundungsfahrt“. Die Kapitel des Erkundungsbuches sind jeweils durch Namens Kürzel Diggelmann oder Obermüller zugeordnet. Sie schrieb über ihre Ankunft in Ost-Berlin am 1. November 1976 via Bahnhof Zoo: „Eine Stunde später sitzen wir am Frühstückstisch des Interhotels Berolina, nicht weit vom Alex, im Herzen der Stadt. Es ist seltsam, wie schnell ich hier die Existenz der Mauer vergesse. Gefängnismauer oder Schutzwall – das ist für die Menschen hier eine Frage der Optik oder des Bewußtseins.“ Das Paar wurde herumgereicht, sie besuchten Schriftsteller, Theaterleute, LPGs und die üblichen Vorzeigestätten.

Über den Besuch in Neubrandenburg am 2. November 1976 schrieb Klara Ober-

müller: „Ich habe die ‚Franziska Linkerhand‘ in Zürich gelesen. Nun sind wir dabei, ihre Welt kennenzulernen. Neubrandenburg ist nur die erste Station. Wir fragen, überprüfen, vergleichen. Wir versuchen zu vergessen, was wir über dieses Land wissen, und neu anzufangen: offen gegenüber aller Realität.“ Am 9. November 1976, dreizehn Jahre vor dem Mauerfall, besuchten Klara Obermüller und Walter Matthias Diggelmann Rostock. Sie berichtete darüber im Reisetagebuch, „eine Perspektive haben“ gehöre zu den meistverwendeten Ausdrücken in der DDR. „Die Jugend hat eine Perspektive, der Bauer, jeder, der bereit ist, sich zu ‚qualifizieren‘ – auch ein Lieblingswort des DDR-Bürgers –, d.h. sich weiter zu bilden, wenn es sein muß bis ins hohe Alter hinein. Diese Spannung auf die Zukunft hin ist uns fremd.“ Bei ihrer Rückkehr nach Weimar am 18. November 1976 stellte Klara Obermüller fest, dass sie ihr Weimar von 1965 nicht mehr wiederfindet. „Literatur als Leben aus zweiter Hand, das ist es, was mir nachzuvollziehen nicht mehr gelingen will.“ Durch Diggelmanns Geschichte drängte sich ihr der Zusammenhang auf zwischen dem Ort des Grauens auf dem Ettersberg „und der Stadt zu seinen Füßen, die über hundert Jahre lang Wallfahrtsort für ‚Unpolitische‘ gewesen war“.

Am 27. November 1976 reisten Obermüller und Diggelmann aus der DDR ab. Klara Obermüller hielt im „Tagebuch einer Erkundungsfahrt“ als Resümee fest, was „der tiefste Eindruck dieser Reise“ für sie war: „Hier ist eine Gesellschaft im Aufbruch, eine Gesellschaft, die noch alles vor sich hat. Dreißig Jahre – was ist das schon in einem Land, dessen Geschichte vor mehr als tausend Jahren begonnen hat.“ Die DDR lebe „im Widerstreit von Bewegung und Beharren, von Veränderung und Bewahrung. Die Angst vor dem Neuen scheint dem Menschen tief eingepägt zu sein, tiefer, als daß dreißig Jahre dialektischen Denkens sie zu beschwichti-

gen vermöchten.“ Neben „den Besten unter den Schriftstellern, den Kadern, den Funktionären dieses Landes“ gebe es in der DDR aber auch „die anderen: die Festgefahrenen, die Sturen, die Ängstlichen. Ich glaube, von ihnen droht dem Land die größte Gefahr, und nicht nur diesem Land.“

Den Führungsleuten der „Liga für Völkerfreundschaft“ in der DDR gefiel das „Tagebuch einer Erkundungsfahrt“, das die DDR für die Schweizer Leserschaft in ein gutes Licht rückte. Doch bald kam es zu Spannungen zwischen der Schweizer Präsidentin der Freundschaftsgesellschaft und den Ost-Berliner Funktionären. Sie hätte für das Schweizer Publikum gerne DDR-Autoren wie Volker Braun, Christoph Hein oder Christa Wolf eingeladen. Doch man schickte ihnen „stramme Genossen, deren Bücher hierzulande weder bekannt noch lesenswert waren. [...] Immer wieder schien das Parteibuch und nicht die künstlerische Qualität darüber zu entscheiden, wer in den Westen reisen durfte und wer nicht.“ Als sich die Kontroverse zuspitze reiste der Präsident der „Liga für Völkerfreundschaft“ Horst Brasch im August 1978 in die Schweiz, um Obermüller und Diggelmann zur Raison zu bringen. Als Zuckerbrot überreichte er Klara Obermüller den Orden „Medaille für Völkerfreundschaft“, wohl weil er glaubte, „die aufmüpfige Schweizerin mit diesem Blech besänftigen zu können“. Doch das gelang nicht.

Klara Obermüllers beendete bald darauf ihr Engagement in der Freundschaftsgesellschaft Schweiz – DDR. In ihrem Lebensrückblick heißt es zur Motivation ihres Einsatzes für den SED-Staat: „Heute denke ich, dass es vor allem das von der offiziellen DDR gepflegte antifaschistische Pathos war, das mich beeindruckte: die Verheissung eines anderen, eines besseren Deutschlands, das sich vom Rassenhass und Krieg ein für allem verabschiedet hatte. In der DDR war ich zum ersten Mal Menschen begegnet, die in der Emigration

gewesen waren oder im KZ gesessen hatten: Menschen, die Widerstand geleistet hatten und zurückgekehrt waren, um am Aufbau dieses anderen Deutschlands mitzuarbeiten. In der DDR hatte ich aber auch Menschen kennengelernt, die für die Ideale des Sozialismus brannten und gleichzeitig unter den real existierenden Verhältnissen litten: Menschen, die hohe Ansprüche an sich und die Gesellschaft stellten und an dem Konflikt, den es offizielle gar nicht geben durfte, fast zerbrachen. [...] Spätesten 1989 begriff aber auch ich, dass dieses andere Deutschland ein Trugbild und mein Glaube an die Veränderbarkeit der Verhältnisse eine Illusion gewesen war.“ Am Ende waren es jene, die Klara Obermüller 1976 „die Festgefahrenen, die Sturen, die Ängstlichen“ genannt hatte, die eine Gesellschaft, die nach 40 Jahren Sozialismus ‚noch alles vor sich hatte‘ nicht mehr länger ertragen wollten.

Im aufregenden Jahr 1989 war in der deutschen Wahrnehmung der Schweizer Fichenskandal nur eine Randerscheinung. Klara Obermüller ließ sich 1990 ihre Fichen (Registrierkarten) des Schweizer Staatsschutzes zustellen. Sie bezeichnet diese Staatsschutzpapiere als „erbärmliche auf Schnüffelei und Denunziantentum beruhende Dokumente, die mit Bagatellen, Falschmeldungen und zum Teil lächerlichen Behauptungen aufwarten“. Doch als Anhaltspunkte für einen Rückblick auf ihre politische Vergangenheit seien sie tauglich, manche Treffen mit politischen Freunden oder DDR-Emissären sind darin minutiös dokumentiert und sehr eigenartig ihre Eheschließung mit Walter Matthias Diggelmann: „Möglicherweise haben sich im Jahr 1977 die O. und Diggelmann Walter 27 verheiratet.“ Diggelmanns Beschattung durch den Staatsschutz endete absurderweise nicht mit seinem Tod. Verdeckten Ermittler nahmen an seiner Beisetzung teil, um „schriftlich festzuhalten, wer von Seiten der DDR-Botschaft zugegen war“.

Die Fichenaffäre und die DDR-Episode behandelt Klara Obermüller im 9. Kapitel

ihrer Spurensuche. Die anderen elf Kapitel handeln von Kindheit, Literatur, Liebe und der Endlichkeit des Lebens – alle un-  
gemein lesenswerte Lebenserfahrungen.

*Jochen Staadt*

**Haunfelder, Bernd (Hrsg.): Die DDR aus Sicht schweizerischer Diplomaten 1982–1990. Politische Berichte aus Ost-Berlin. Münster: Aschendorff Verlag 2017, 342 Seiten, 29,90 €.**

Leider wird die Berichterstattung der Auslandsmissionen der Schweiz aus oder über Deutschland von der deutschen Wissenschaft wenig beachtet. Das ist bedauerlich, weil deren Chefs und leitende Mitarbeiter meist gute Beobachter und nüchterne Analysten waren. Das gilt auch für die Vertretungen am Rhein und in Berlin.

Die Eidgenossenschaft betrat die Welt der institutionalisierten Diplomatie sehr spät. Oft werden Sparsamkeit und Bescheidenheit als Gründe dafür angegeben. Berlin war erst der vierte Auslandsposten der Schweiz, dessen 150-jähriges Bestehen hier am 30. Juni 2017 groß gefeiert wird. Das von Bernd Haunfelder vorgelegte Buch war nicht als Geburtstagsgeschenk gedacht, kommt aber zur richtigen Zeit. Sein Thema ist die Berichterstattung der beiden letzten Botschafter in der DDR.

Die Schweiz hatte als erstes westlich orientiertes Land den SED-Staat 1972 rechtlich anerkannt. Das war ein großer Erfolg der auf internationale Reputation so sehr bedachten Parteiführung. Während der erste Botschafter Hans Miesch eher nüchtern und formell in die Heimat berichtete, verfasste sein Nachfolger Friedrich Schnyder brillante Analysen über deutsche Befindlichkeiten beiderseits der Mauer. Im Buch sind seine letzten fünf Politischen Berichte aufgenommen. Nachfolger Peter Dietschi kommt mit etwa 40 Berichten vor. „Dietschi überzeugt mit souveränen Analysen und feinsinnigen Betrachtungen. Wie schon sein

Vorgänger stand er seinem Gastland kritisch und distanziert gegenüber und entlarvte mit sprachlicher Eleganz und Witz die Widersprüche von Politik und Alltag.“ Seine Themen waren beispielsweise die Reaktion auf den Regierungswechsel in Bonn 1982, der Milliardenkredit von Franz Josef Strauß, die Ausreisewelle 1984, der 35. Jahrestag der DDR, der Machtwechsel im Kreml 1985 und die Reformpläne des neuen Kremlherrn Michail Gorbatschow. Nach seinem Schlussbericht vom 12. August 1987 hielt er die DDR für ein stabiles Land. Eine Opposition sei auch nicht in Ansätzen erkennbar. Die evangelische Kirche nehme „eher eine vermittelnde als kämpferische Haltung ein“. Es seien von der Parteiführung „keine revolutionären Entwicklungen von Gorbatschowschem Zuschnitt zu erwarten.“ Dennoch wären explosive Veränderungen vorprogrammiert, denn die deutsche Frage sei ungelöst.

Die Berichte des Nachfolgers Franz Birrer sind streckenweise seltsam. Menschenrechtsverletzungen, Behördenwillkür, Umweltzerstörung und wirtschaftlicher Verfall kommen darin kaum vor. Seine legalistische Einstellung lässt ihn vermuten, dass sich in der DDR die Funktionäre an Gesetze halten würden. „Hinweise auf Unterschiede zwischen den Rechtsordnungen einer Diktatur und einer Demokratie bleibt er im Zweifelsfall schuldig“ und nimmt die scheinheiligen Verlautbarungen des Regimes „für bare Münze“. Ein Fan der Mauer war er nicht. Nach dem Bericht vom 4. Mai 1988 sei ihr Durchschreiten „ein Horrorerlebnis. Man hat das Gefühl, in ein Konzentrationslager oder ein Gefängnis einzutreten, und man kann nur staunen, daß die Grenzwächter [...] sich zumindest gegenüber Diplomaten stets freundlich und zuvorkommend erweisen.“ Den Mauerfall erlebte er selbst an Bornholmer-, Invaliden- und Friedrichstraße mit und telegraphierte dazu am folgenden Tag nach Bern: „Es herrschte eine ungeheure Aufbruchstimmung. Die mehrheitlich jungen Leute fühlten sich plötzlich

und wie durch ein Wunder befreit.“ Sein Resümee lautete: „Bei in- und ausländischen Beobachtern besteht hier kein Zweifel, daß die Wende nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Im Unterschied zur Sowjetunion ist diese nicht von oben bestimmt, sondern von unten erkämpft worden.“ Die „Abschaffung des Sozialismus“ und die „Wiedervereinigung“ würden in öffentlichen Debatten und bei Demonstrationen keine Rolle spielen. „Man will einen modernen und demokratischen, von den Fesseln des Stalinismus befreiten Sozialismus.“ Im Telegramm vom 17. November 1989 schrieb er zur Grenzöffnung, die Mauer wäre nicht gefallen und auch nicht abgebrochen worden. Es seien nur zahlreiche neue Grenzübergangsstellen geschaffen worden, „nicht mehr und nicht weniger“. Die Grenzen – auch die in Berlin – würden Staatsgrenzen bleiben und Trennlinien zwischen unterschiedlichen Systemen. In Berlin werde die „DDR auf eine ausgebaute Grenze bzw. Mauer bis auf Weiteres nicht verzichten können.“

Eine mögliche Vereinigung der beiden Deutschlands sah der Vertreter der Schweiz nicht negativ. Im Telegramm vom 28. Februar 1990 steht dazu: „Die Überwindung der Teilung Deutschlands und Berlins ist nicht nur für die Deutschen, sondern für ganz Europa ein erfreuliches und positives Ereignis.“ Die Teilung wäre ein Zufallsprodukt der Nachkriegsentwicklung gewesen und habe den Keim der Instabilität in sich getragen. Unbehagen löse jedoch die Art und Weise der Vereinigung aus. Nach seinem letzten Bericht aus der DDR vom 2. Oktober 1990 wäre es keine Vereinigung, sondern eine Einvernahme durch die BRD. Am nächsten Tag würden westdeutsche Beamte, Richter, Gewerkschaftsführer und andere in Ostdeutschland einmarschieren und die Einheimischen verdrängen. Zwei Tage später ließ er Bern telegrafisch wissen, er habe in der Nacht der Einheit kaum etwas von Feststimmung gespürt. Die Bürger der DDR hätten wenig Anlass zum freudigen Feiern gehabt. Der Beitritt der DDR zur

BRD wäre nur „eine Art Verwaltungsakt, etwa wie die Eintragung eines Wegrechts ins Grundbuch.“ Der Beitritt wäre auch kein Liebesakt gewesen, „sondern ein Anschluß“. Solche Sätze könnten Ostdeutsche als beleidigend empfinden, weil sie so als willenslose Opfer westdeutscher Einheitswut dargestellt werden. Dabei wurde die Mauer von Ost nach West umgetreten und nicht umgekehrt. Bernd Haunfelder hat Friedrich Bauer dazu befragt, der damals österreichischer Botschafter in Bonn war und an den Feierlichkeiten in Berlin auch teilnahm. Er meinte: „Es war ein Fest der Freude. [...] Es ist die Freude über die gelungene Einheit Deutschlands und Anlaß zu optimistischer Erwartung.“ Franz Birrers letzte diplomatische Station war Luxemburg. Dort blieben ihm Berichte über eine Wiedervereinigung mit dem Königreich der Niederlande erspart.

Bernd Haunfelder legt in seinem Buch 96 Politische Berichte im Wortlaut vor. Seine auf 73 Seiten vorangestellte Kommentierung ist kenntnisreich, informativ und pointiert; dazu kommen noch 616 Fußnoten zu den Berichten. Diese Dokumente sind wichtig, weil ihre Verfasser den Blick auf ihr Gastland von innen und von außen hatten. Für die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit könnte solches Material mehr genutzt werden, denn viele Eigenheiten des Mauerstaates werden hier aus besonderer Perspektive geschildert. Falls wieder einmal ein Autor die Mühe auf sich nehmen will, derartige Berichte zu publizieren, sollte er unbedingt das Buch aus Münster zum Vorbild nehmen.

*Enrico Seewald*

**Graf, Maximilian: Österreich und die DDR 1949–1990. Politik und Wirtschaft im Schatten der deutschen Teilung, Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2016, 656 Seiten, 79,00 €.**

Die Geschichte der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich erweist sich als eine vollkommen andere als jene zwischen der DDR und der Republik Österreich. Das hat offensichtlich Gründe, die in dem hier zu präsentierenden Buch von Maximilian Graf eher zwischen den Zeilen anklingen: Eine merkwürdige Ambivalenz, welche sich über die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen Österreich und Deutschland entwickelte, lässt sich in diesem voluminösen Buch allenfalls erahnen. Wovon soll hier mit Ambivalenz die Rede sein?

Es ging einmal darum, dass es ein zentraler, vielleicht der zentrale Impuls der österreichischen Nachkriegsgeschichte war, sich definitiv und endgültig nicht nur als Nationalstaat, sondern auch als Nation überhaupt von Deutschland abzunabeln. Auf der anderen Seite kann es keinem Zweifel unterliegen, dass, vielfach bis heute, die ökonomische, kulturelle und in vielem kommunikative Interaktion zwischen der alten Bundesrepublik wie mit dem heute wiedervereinigten Deutschland mit Österreich von einer ganz außerordentlichen Dichte war und ist. Für die bayerische Kulturschickeria sind die Salzburger Festspiele ein zentraler Bezugspunkt, das weit entfernte Schleswig-Holstein-Musikfestival ist hingegen fast unbekannt. Eine solche regionale Dichte der Beziehungen hat es zwischen Österreich und der DDR zu keinem Zeitpunkt gegeben. Beide waren im unmittelbaren Sinne ja keine Nachbarn, DDR-Touristen waren in Österreich so undenkbar wie umgekehrt der Umstand, dass seit Mitte der fünfziger Jahre die (west-)deutsche Wirtschaft neben der sogenannten verstaatlichten österreichischen Wirtschaft zum ökonomisch

dominanten Faktor im südöstlichen Nachbarland der Bundesrepublik wurde. Diese unterschiedlichen Bezugsebenen wie die, wenn man so will, identitären Fragen, spielen in Maximilian Grafs umfassender und dichter Darstellung nahezu keinerlei Rolle. So wird zum Beispiel nicht, oder zumindest nahezu nicht, über das eigentlich so spannende Thema räsoniert, dass die DDR in vielem, nicht nur territorial, sondern auch in ihrem Habitus, bis zum Schnitt der NVA-Uniformen, jenes (Rest-)Preußen verkörperte wie symbolisierte, dessen monarchischer Vorläuferstaat 1866 den Deutschen Bund und die österreichische Führungsrolle in ihm gewaltsam zerstört hatte. Hingegen bestand das Gebiet der alten Bundesrepublik überwiegend aus Territorien, die damals politisch oder doch zumindest kulturell auf der Seite der alten kaiserlichen Führungsmacht im Heiligen Römischen Reich standen. Schlaglichtartig erhellt eine kleine Episode solche historisch tiefer gehende Muster. Als der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky 1978 die DDR besuchte und man ihm zur Begrüßung eine NVA-Einheit auf dem Flughafen Schönefeld präsentierte, soll er zu seiner Begleitung gemurmelt haben: „Wie bei den Nazis!“ (S. 413).

Der Autor konzentriert sich auf zwei Themenbereiche: Diplomatiegeschichte und wirtschaftliche Beziehungen. Hierzu hat er gleichermaßen intensiv in den Wiener wie Berliner Archiven geforscht, offenkundig vielerlei mühsame, und zugleich verdienstvolle Kleinarbeit geleistet, so auch eine unverzichtbare Grundlage für künftige, eher generalisierende bzw. vergleichende Betrachtungen gelegt. Auf der politischen Ebene ging es zunächst der österreichischen Seite darum, den Zehntausenden von Menschen substantiell zu helfen, die die NS- und Kriegszeiten aus Österreich nach Mittel- bzw. Ostdeutschland gebracht hatten. Dabei ging es um Ausreisen nach Österreich, vielfach mit Ehepartnern mit deutscher bzw. DDR-Staatsangehörigkeit, und um die Rettung

von Privatvermögen vor dem gierigen Zugriff des Arbeiter- und Bauernstaates. Für die DDR kam es vor allem auf das Unterlaufen der westdeutschen Hallstein-Doktrin und eine möglichst frühzeitige völkerrechtliche Anerkennung durch Wien an, und hier lag vor allem ihr Druck- wenn nicht Erpressungspotential. Österreich und die DDR nahmen Tage nach der Paraphierung des innerdeutschen Grundlagenvertrags mit Wirkung vom 21. Dezember 1972 diplomatische Beziehungen zueinander auf. Der Grundlagenvertrag, wenn auch in der Bundesrepublik noch lange umstritten und bei weitem noch nicht ratifiziert, war somit für die Wiener Diplomatie die Voraussetzung für diesen Schritt, und im weiteren Hintergrund war es der entspannungspolitische Konsens zwischen den Bundeskanzlern Brandt und Kreisky, die sich seit Emigrantenzeiten kannten. Für die DDR-Seite, die ja bis weit in die achtziger Jahre hinein um eine völkerrechtliche Anerkennung durch Bonn bemüht war, waren die diplomatischen Beziehungen zu Österreich, das wird in Grafs Darstellung gut herausgearbeitet, vorzüglich zur Bekräftigung der Position geeignet, deutschsprachige Staaten könnten doch als voneinander gänzlich getrennte Völkerrechtssubjekte zugleich durchaus ertragreiche Beziehungen zueinander unterhalten.

Was das nun „materiell“ besagen mochte, zeigt vor allem die Geschichte der Wirtschaftsbeziehungen Österreichs und der DDR in den siebziger und achtziger Jahren. Die relativ kleine österreichische Volkswirtschaft avancierte in dieser Zeit zu einem der wichtigsten westlichen Partner der DDR-Ökonomie. Günter Mittag, der Chefökonom im SED-Politbüro, war in diesen Jahren fast so etwas wie Stammgast in Österreich, ebenso Außenhandelsminister Gerhard Beil. Inszenierter Höhepunkt der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten war Erich Honeckers Besuch in Österreich 1980, sein erster „Westbesuch“. Zwischen der Linzer VÖEST-Alpine AG, dem verstaatlichten

österreichischen Schwerindustriekomplex, und der DDR wurde bei diesem Besuch die Errichtung eines Konverterstahlwerks in Eisenhüttenstadt vereinbart. Der DDR-Seite war vor allem daran gelegen, durch diesen spektakulären Einkauf im kapitalistischen Ausland zu signalisieren, dass sie bei derlei Modernisierungsmaßnahmen keineswegs auf bundesdeutsche Unternehmen angewiesen war, sozusagen Diversifizierung im deutschsprachigen Raum. Tatsächlich kam es natürlich etwas anders: Die Linzer VÖEST-Alpine AG war allein nicht in der Lage, diesen Milliardenauftrag zu stemmen, und bedurfte der Unterstützung und Zulieferung durch westdeutsche und französische Unternehmen.

Auf einem anderen Blatt steht, dass beiden Ökonomien keine große Zukunft (mehr) beschieden war: Sowohl die Schwerindustrie-Kombinate in der DDR, als auch die österreichische „verstaatlichte“ Schwerindustrie – in der Kontinuität der alten Hermann-Göring-Werke des NS-Reiches – waren Saurier, die auf den Weltmärkten wenig zu bestellen hatten. Die DDR-Ökonomie ging wie bekannt 1989/90 unter, die verstaatlichte österreichische Schwerindustrie avancierte immer mehr zur Belastung in der eigenen Volkswirtschaft, musste mühsam, gegen den Widerstand etatistisch orientierter Gewerkschafter und Sozialdemokraten, liberalisiert und für die Weltmärkte fit gemacht werden, ein Prozess, der im Grunde immer noch nicht beendet ist.

Neben der reinen Industriekooperation stand die Kooperation im Rohstoff- und Devisenbereich. Hier ging es im Kern darum, sozusagen parallel zu den bundesdeutschen Milliardenkrediten für die DDR von 1983 ff., durch Hin- und Hertransferieren Devisenspielräume für die klamme DDR zu erschließen – für Österreich im Ergebnis ein Minusgeschäft.

Als die DDR unterging, war die Wiener Politik in ihrer Sicht auf diese Entwicklung gespalten. Bundeskanzler Vranitzky,

das wird von Maximilian Graf in dankenswerter Offenheit enthüllt, stand mit Margaret Thatcher und François Mitterrand, solange es ersichtlich ging, im Lager jener, die möglichst die deutsche Zweistaatlichkeit erhalten wollten. Und wie Mitterrand besuchte er am 24. November 1989 die schon dem Kollaps entgegentreibende DDR und ließ sich von Ministerpräsident Modrow widerspruchsfrei erläutern, dass doch die Beziehungen zwischen Österreich und der DDR „ein wünschenswertes Modell“ (S. 592) darstellten, offenkundig ein Vorbild auch für eine fortbestehende deutsche Zweistaatlichkeit.

Ganz anders Vranitzkys Partner in der in Wien amtierenden Großen Koalition, Außenminister und Vizekanzler Alois Mock. Dieser lag ganz auf Helmut Kohls Linie, stand hinter dem Zehn-Punkte-Plan des deutschen Bundeskanzlers vom 28. November 1989 für die (Wieder-)Herstellung eines gesamtdeutschen Bundesstaates und ließ sich dabei offensichtlich auch vor den vorzüglichen Intimbeziehungen zwischen Helmut Kohl und der österreichischen ÖVP leiten. Im Hintergrund stand vermutlich auch bereits die Erwartung, der deutsche Regierungschef werde Österreich bei seinem anstehenden Weg in die EU kräftig unterstützen –, und diese Erwartung trog nicht.

Die Schlussepisode betrifft den Tag der deutschen Wiedervereinigung, den 3. Oktober 1990: Der sozialdemokratische Wiener Bürgermeister Helmut Zilk ließ an diesem Tag auf dem Rathausturm der österreichischen Hauptstadt die schwarz-rot-goldene Fahne hissen und ein Transparent mit den Worten anbringen: „Wir gratulieren.“

In der linken Wiener Intellektuellen- und Künstlerszene trug das Zilk vielerlei Kritik ein. Er selbst forderte seine Kritiker dazu auf, sich erst einmal mit Geschichte zu befassen. Man wird nicht falsch darin gehen, dahinter zu vermuten, dass Zilk von einer besonderen, auch emotionalen Nähe der deutschen und der österreichischen Angelegenheiten ausging und sich

von solcher Emotionalität leiten ließ. So ist das nun einmal, wenn man irgendwie doch in der Familie zusammengehört.

Maximilian Graf's Buch stellt keine einfache Lektüre dar. Der Autor schreibt eher spröde, und er reiht in den von ihm bevorzugten Sujets eine Unzahl an Fakten aneinander. Hat man das Buch aber einmal gelesen und macht man sich dazu so seine eigenen Gedanken, dann wird die Lektüre trotz der Mühe zum Gewinn.

*Peter März*

**Engelmann, Roger/Joestel, Frank: Hauptabteilung IX: Untersuchung. (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. MfS-Handbuch, Band 27). Berlin 2016, 266 Seiten, 5,00€.**

### Zwei Rezensionen

#### 1.

Wie gleichgeartete Einrichtungen in den anderen realsozialistischen Staaten funktionierte auch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR primär als politische Geheimpolizei. Dieser dezidierte Sachverhalt und die entsprechende Wahrnehmung in der Bevölkerung resultierten maßgeblich aus der repressiven Tätigkeit seiner zentralen Hauptabteilung IX (HA IX) und der Abteilungen IX der Bezirks- bzw. früheren Landesverwaltungen – sogenannte Linie IX –, welche zehntausende Frauen und Männer zumeist wegen ihrer unterstellten bzw. realen oppositionellen Gesinnung oder widerständigen Handlungen hinter Gitter brachten.

Mit der hier vorgestellten Studie präsentieren Roger Engelmann und Frank Joestel einen ausführlichen historischen Rückblick auf diese mit umfassenden juristischen und polizeilichen exekutiven Vollmachten ausgestatteten und überaus wichtigen Struktureinheiten der Stasi. Gleichzeitig schließen beide durch diverse Publikationen hervorgetretene Historiker mit dieser Ausarbeitung das als Handbuch

ausgewiesene Langzeitprojekt der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen „Anatomie der Staatssicherheit“ ab.

Die Gliederung des Bandes ist in seinem Hauptteil sehr ungewöhnlich. Sie besteht lediglich aus zwei sehr unterschiedlich gestalteten und langen Kapiteln sowie einem vorangestellten vierseitigen „Überblick“. Den Abschluss bildet ein aus Diagrammen und Tabellen, Literatur- und Abkürzungsverzeichnis sowie einem Personenglossar bestehender Anhang. Die eigentliche Abhandlung beginnt mit einem sechzehnseitigen in sich geschlossenen Text über die „Hauptabteilung und Linie IX am Ende der achtziger Jahre“. Der zweite, die Veröffentlichung dominierende Abschnitt trägt den Titel „Entwicklung der MfS-Untersuchungsorgane 1950–1990“.

Auf die in wissenschaftlichen Forschungsarbeiten üblichen Eingangsbehandlungen zum Charakter und zur Aussagekraft der verwendeten Primärquellen und über den Forschungsstand verzichten die Autoren. So mussten sie auch nicht erklären, warum sie Selbstreflexionen ehemaliger Untersuchungshäftlinge der Stasi in ihren Betrachtungen über die Linie IX nicht einbezogen haben. Gleichfalls unterlassen sie es, die Darstellungsschwerpunkte und zentralen Fragestellungen der Publikation zu begründen.

Eine entsprechende Argumentation hätte die Leserschaft insbesondere hinsichtlich der auffälligen Detailfixierung auf die Entwicklung des strafrechtlichen und normativen Regelwerks und der letztlich halbherzigen Ausweitung des Betrachtungsgegenstandes auf die Abteilungen IX in den Ländern und ab 1952 in den Bezirken erwartet. Durch diese Akzentuierung bleiben relevante Teilaspekte der Entwicklungsgeschichte und des Wirkens der HA IX unterbelichtet oder werden ganz ausgeblendet.

Im Folgenden sollen ausgewählte Fehlerstellen aufgezeigt und einzelne Aussagen hinterfragt werden. So betreffen eine

Reihe von Kritikpunkten und Darstellungsdefiziten unter anderem die Entwicklung der HA IX in den 1950er Jahren.

Eigentlich profan, aber historisch korrekt ist die Bemerkung gleich am Anfang der Ausführungen im zweiten Kapitel. Dort heißt es, dass die Linie IX in den ersten Monaten nach der offiziellen Gründung des MfS vorwiegend mit „dem Aufbau ihres eigenen Apparates beschäftigt gewesen“ sei. Aber daraus und noch mit Bezug auf die Aktenlage zu schlussfolgern, dass die entsprechenden Stasi-Strukturen erst „ab Hochsommer 1950“ als Untersuchungsorgan aktiv geworden seien (S. 37), ist irreführend. Dokumentarisch belegt ist zum Beispiel die Tätigkeitsaufnahme der zentralen Abteilung IX ab März und der gleichnamigen Gliederung der Verwaltung Groß-Berlin ab Mai 1950. Bei dem ersten „Bearbeitungsfall“ der Abteilung IX dürfte es sich um den nach Berlin gelockten Vizechef der westdeutschen KPD und Abgeordneten des Bundestages Kurt Müller gehandelt haben.

Engelmann und Joestel erwähnen nicht, dass bis März 1952 ein eigenes Gefängnisressort (Abteilung IX A) mit drei Hafteinrichtungen zur ministeriumsunterstellten Abteilung IX in Berlin gehörte. In diesem Kontext wäre es auch angebracht gewesen, die verschiedenen Standorte bzw. Wirkungsstätten der zentralen Untersuchungsabteilung (ab November 1953 Hauptabteilung/HA IX) in den jeweiligen Haftkomplexen vorzustellen: Albrechtstraße (1950/51), Genslerstraße (1951 bis 1989/90), Kissingenstraße (1952/1953), Magdalenenstraße (1953 bis 1989/90). Völlig unterschlagen die Autoren die Existenz der Einrichtungen in der Albrechtstraße – bis Ende April 1951 immerhin das erste zentrale Untersuchungsgefängnis des MfS – und in der Kissingenstraße.

Ähnlich sparsam gehen Engelmann und Joestel mit Informationen über die Untersuchungsabteilung der Hauptabteilung I (Militärabwehr) um. Von dieser Untergliederung der Stasi erfährt man in einem

Satz lediglich, dass sie im Oktober 1958 in die HA IX eingegliedert wurde (S. 80). Warum diese Parallelstruktur, welche mit steigender Tendenz über 20 Prozent der Haftraumkapazität des Gefängnisses in der Genslerstraße in Beschlag nahm, überhaupt gebildet und welche Straftaten von ihr speziell untersucht wurden, bleibt offen. Wenig substantielle Aussagen enthält die Darstellung der Autoren ebenso zur neugebildeten HA IX/6 (Bewaffnete Kräfte/Militärangehörige).

Prinzipiell muss angemerkt werden, dass der Erkenntnisgewinn bezüglich eines Großteils der Unterabteilungen und weiterer Struktureinheiten der HA IX, so zum Beispiel bei der HA IX/1, der HA IX/3, der HA/7, der HA IX/11 und dem Büro bzw. Referat für Sonderaufgaben, welches für den Häftlingsfreikauf verantwortlich war, gleichfalls minimal ausfällt oder die Substanz der entsprechenden Textpassagen sogar weit hinter dem publizierten Forschungsstand zurückbleibt.

Stark irritierend ist, wie Engelmann und Joestel mit dem Thema „aktive Spionage“ umgehen. Sie verweisen zwar an einer Stelle darauf, dass es sich bei dem Delikt-komplex der klandestinen Nachrichtenbeschaffung „für das MfS-Untersuchungsorgan [in den 1950er und 1960er Jahren um den] quantitativ zweitbedeutendsten Straftatsbestand“ (S. 75) handelte, vermeiden aber in der gesamten Publikation tunlichst konkrete Ausführungen zu diesem Sachverhalt. Laut ihrer Darstellung gab es keine gegen die DDR agierenden Gegnergendienste. Dementsprechend bleiben auch deren Bezeichnungen und Kürzel ungenannt. Verklausuliert werden sie von den Autoren als „westliche Organisationen“ (S. 57) bezeichnet. Zu einer derartigen fragwürdigen Geschichtsbeschreibung gehört dann auch, dass Engelmann und Joestel bei ihren Reflexionen über die in der Literatur bereits mehrfach beschriebenen Verhaftungsaktionen „Feuerwerk“ und „Pfeil“ 1953/54 (S. 57) kein Wort über die dabei empfindlich getroffene Organisation Gehlen verlieren.

Defizitär ist nach mehr als zwanzigjähriger Forschung der zuständigen BStU-Abteilung immer noch die wissenschaftliche Expertise zu vielen speziellen Praxisbereichen bzw. Tätigkeitsfeldern der HA IX und der gesamten Linie IX, teilweise auch im Kontext mit intensiven Arbeitskontakten zu anderen staatlichen Einrichtungen der DDR. Dazu gehören unter anderem Vernehmungen in Spezialobjekten und im Haftkrankenhaus des MfS, Untersuchung von Suizidfällen, Organisation und Überwachung der sogenannten Sprecher mit Angehörigen, Rechtsanwälten und Vertretern diplomatischer Vertretungen sowie gerichtsmedizinische Untersuchungen und psychiatrische Begutachtungen.

Positiv hervorzuheben ist dagegen der Umstand, dass in der Abhandlung von Engelmann und Joestel die in anderen Publikationen eher verschwiegene umfangreiche Untersuchungspraxis des DDR-Innenministeriums bei politischen Straftatsbeständen, insbesondere auch bei „versuchter Republikflucht“, zumindest angesprochen und punktuell erläutert wird. (zum Beispiel S. 78 ff., 104 ff. und 165 ff.) Weitere bisher verpönte Forschungen zu dieser Fragestellung würden die Stellung der Volkspolizei und insbesondere des Arbeitsbereiches I der Kripo im Repressions-system der DDR unzweifelhaft in einem anderen Licht erscheinen lassen.

Im Anhang der Publikation veröffentlichten die Autoren kritik- und kommentarlos vom MfS erstellte Statistiken zur Linie IX. So geht aus den Übersichten nicht hervor, ob es sich bei den dort enthaltenen Zahlen- und Prozentangaben um alle eingeleiteten oder nur um die abgeschlossenen „Ermittlungsverfahren“ handelt. Falsch ist die Überschrift der Tabelle auf Seite 242. Die dort erfassten Informationen über die Zelleninformatoren beziehen sich nur auf die Insassen eines einzelnen Stasi-Gefängnisses und nicht auf alle Untersuchungshäftlinge der Linie IX eines Jahrgangs.

Schließlich fehlen hier kompatible Vergleichswerte der DDR-Kriminalpolizei

und der -Zollverwaltung um das dargebotene Datenmaterial über die vorwiegend politische Delikte betreffenden Untersuchungsfälle des MfS entsprechend einordnen und objektiv bewerten zu können.

*Peter Erler*

## 2.

Für die beiden Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung beim BStU sind Grundzüge der Geschichte der Hauptabteilung IX (HA IX) des MfS eine „tiefgreifende Entwicklung in 40 Jahren“ und durchgehende „Verrechtlichungstendenzen“. Letztere stellen sie bereits für die frühen fünfziger Jahre fest, zuletzt in Positionen leitender Mitarbeiter im Herbst 1989. Dem Leser werden im großen Umfang – allerdings oft nur ungenügend interpretierte – MfS-Materialien und Statistiken präsentiert, so dass zumeist der Eindruck entstehen dürfte, beim BStU sei „alles“ über MfS und HA IX vorhanden. Das kontrastiert mit dem Hinweis in der „Vorbemerkung“, die erst sehr spät erfolgte Fertigstellung des Bandes sei auf die „unvermutet schwierige Quellen- und Erschließungslage“ zurückzuführen. So wird im Zusammenhang mit Verhaftungen und Verurteilungen im Kontext des 17. Juni 1953 (und der Übergabe von Häftlingen an die Sowjetischen Militärtribunale) erwähnt, dass es statistische Unklarheiten gebe.

Die Beziehungen zwischen SED, MfS und der Justiz werden an mehreren Stellen skizziert, ohne dass sich daraus ein überzeugendes Gesamtbild ergibt. Über den Anteil von Justizvertretern an Verschärfungen des Strafrechts und seiner Durchsetzung erfährt der Leser nahezu nichts (lediglich Generalstaatsanwalt Streit wird erwähnt). Die Bedeutung „untergesetzlicher“ Regelungen (ein Hinweis auf das sowjetische Vorbild wäre hilfreich) und die fallweise mündliche Anweisung durch Leitungspersonal an nachgeordnete In-

stanzen werden nicht ausreichend dargestellt. Das trifft auch für die Darstellung der Funktionen und des konkreten Agierens von Staatsanwälten, (Haft-)Richtern und Verteidigern zu. Nach Darstellung der Verfasser haben sich – zumindest in den achtziger Jahren – die Haftrichter zu Beginn und die Staatsanwälte zum Schluss eines Ermittlungsverfahrens stärker mit den konkreten Sachverhalten befasst (S. 162). Für diese Einschätzung hat der Rezensent bei seinen Untersuchungen keinen Beleg gefunden. Dass sich bei Nichtakzeptanz eines erstinstanzlichen Urteils ein Mitarbeiter der Untersuchungsabteilung an zentrale Justizinstanzen gewandt hat (S. 164), mag in Einzelfällen vorgekommen sein. Der Regelfall war, dass der mit dem Verfahren befasste Staatsanwalt gegen das Urteil Rechtsmittel eingelegt hat. Anzumerken ist, dass es in der DDR keine „Revisionsurteile“ (S. 116 und Anm. 515) gegeben hat.

Der Leser erfährt viele interessante Details über die „Regierungszeiten“ Ulbrichts und Honeckers sowie den Kurs der SED-Führung. Das Gesetz über die Staatsanwaltschaft (25.5.1952) interpretieren sie als „Verrechtlichungsschub“, auf das nach zwei Monaten, im Zusammenhang mit der 2. Parteikonferenz, „eine der schlimmsten Repressionsphasen“ folgte. Die Entwicklung der Jahre 1959 bis 1962 fassen sie als „justizpolitischen Schlingerkurs“ zusammen. In den Monaten nach dem 13. August 1961 habe es eine „extrem repressive Kehrtwende“ gegeben, wobei die SED bereits im Frühjahr 1962 eine „stärkere Verrechtlichung“ des MfS, insbesondere der Untersuchungsabteilung, verlangt habe. Warum der „Rechtspflegeerlass“ vom 4. April 1963 bereits auf dem 11. ZK-Plenum (Dezember 1965) kritisiert und eine „repressive Wende“ eingeleitet wurde, dürfte den meisten Lesern nicht klar werden. Wichtig ist der Hinweis auf den Befehl Nr. 22 des Innenministers (November 1964) über die Einrichtung eines speziellen Arbeitsgebiets der Kriminalpolizei,

das auch – unter Leitung von MfS-Mitarbeitern – für die Untersuchung politischer Fälle zuständig war. Dieser „neue Kurs“ mündete 1968 im ersten Strafgesetzbuch der DDR und einer entsprechenden Strafprozessordnung. Als Fazit der Rechtsentwicklung unter dem Ulbricht-Regime wird der Leser mit der These konfrontiert, Ulbrichts Überzeugung vom „Absterben der Kriminalität“ im Sozialismus habe zu einer „Milderung der Strafjustiz“ geführt

Auch bei der Darstellung der Honecker-Linie dürften bei vielen Lesern Fragen offen bleiben. So wird erwähnt, dass der Beginn der Entspannungspolitik Anfang der siebziger Jahre von einem harten rechtspolitischen Kurs Honeckers (eine „weitere repressive Wende“) begleitet worden sei; Honecker habe die Gerichte „wieder stärker an die Kandare“ genommen (S. 163). Der Kriminalitätsbericht für die Jahre 1971/72 sei als Vorwand benutzt worden, um im 1. Strafrechtsänderungsgesetz (1974) eine Ausweitung politischer Delikte und höhere Strafen vorzusehen. Auch den beiden folgenden Änderungen des Strafgesetzbuches (1977 und 1979) hätten solche Intentionen zugrunde gelegen. Nach Einschätzung der Verfasser sei der verstärkte Rückgriff auf das Instrument der „Zersetzung“ erfolgt, um den Gegner unschädlich zu machen, ohne im Westen Aufsehen zu erregen. Diese Absicht, wenn es sie denn gegeben hat, hätte allerdings allein schon infolge der Ausbürgerung von Reiner Kunze 1977 und Roland Jahn 1983 ad acta gelegt werden müssen.

Aus Sicht der Verfasser belegen die MfS-Dienstkonzferenz vom 24. Mai 1979 (Referat von Erich Mielke) und die Staats- und rechtswissenschaftliche Konferenz vom 26. Juni 1985 (Referat von Egon Krenz) das Bemühen um weitere Verrechtlichung der DDR-Justiz (auch von „Verwissenschaftlichung“ ist die Rede: S. 101, auf S. 141 auch ohne Anführungsstriche). Dabei relativieren sie ihre Einschätzung im ersten Fall durch 1980 erfolgte Positionsbestimmungen von Erich Mielke, Rolf Fister und Generalstaatsanwalt Josef Streit im

folgenden Jahr. Hinsichtlich der Entwicklung Mitte der achtziger Jahre wird der Leser mit widersprüchlichen Einschätzungen konfrontiert. Einmal heißt es, im Anschluss an diese Konferenz sei eine „immer stärkere Beachtung der Beschuldigtenrechte bei der Auslegung der Strafprozessordnung durch die IX und die Justizorgane zu erkennen“ und sei eine „Neubestimmung der Stellung des Staatsanwalts, der Haftrichter und der Verteidigung“ erfolgt, gleichzeitig wird ausdrücklich die „weitergehende politische Instrumentalisierung des Rechts“ und ein „Anlauf zur Intensivierung der Repression“ konstatiert. Mit Nachdruck ist darauf hinzuweisen, dass die „vorbeugenden“ Untersuchungsmethoden des MfS zur Einschüchterung und Verfolgung von Oppositionellen – die „Vorkommnisuntersuchung“, Vernehmungen zur „Klärung eines Sachverhalts“ – in keinem Fall die Hinzuziehung eines Rechtsanwalts vorgeesehen haben.

Wiederholt werden MfS-Dokumente (Ausführungen von Mielke, Dissertationen von MfS-Mitarbeitern...) dem Leser eins zu eins präsentiert – was sie konkret bedeuteten bzw. wie sie sich ausgewirkt haben, wird oft nicht vermittelt bzw. durch einen Satz im Nachklang relativiert. Das lässt sich anhand der Darstellung der – angeblich – nach 1985 deutlichen Umorientierung des Rechtswesens darstellen. Am Anfang steht ein Referat von Krenz auf der „Staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz“ vom 26. Juni 1985, das eine „immer stärkere Beachtung von Beschuldigtenrechten [...] durch die IX und die Justizorgane“ postuliert habe. Diese Feststellung habe zur „Neubestimmung der Stellung der Staatsanwälte, Haftrichter und der Verteidigung sowie zur Neuordnung der Untersuchungshaft“ geführt. Als Beleg werden zwei Dokumente angeführt: Die Dienstanweisung vom 29.01.1986 „Über den Vollzug der U-Haft“ verdeutliche „die inzwischen eingeleitete Verbesserung betr. Recht auf Ver-

teidigung, die Kenntnisnahme der Prozessdokumente und das Einlegen von Rechtsmitteln“. In einem knappen Satz folgt danach: „Ob sich [...] Weisungslage und Realität [...] vollkommen deckten, ist allerdings fraglich.“ Der Standpunkt der HA IX „Zur Verwirklichung des Rechts auf Verteidigung“ (März 1986, mit Justizorganen abgestimmt) habe eine „nicht unerhebliche Stärkung der Stellung der Anwälte“ mit sich gebracht. Wiederum folgt im letzten Satz eine gewisse Relativierung: „Ob es in den letzten Jahren [...] in diesem Bereich wirklich zu einer nennenswerten intensiven anwaltlichen Vertretung [...] gekommen ist, erscheint zweifelhaft.“

Die Verfasser erwähnen einige Fälle, in denen es zu „Fehlverhalten“ von Angehörigen der HA IX gekommen sei, das zu entsprechenden Konsequenzen geführt habe. So werden für die frühen fünfziger Jahre die Fälle „Voss“ und die Operation „Pfeil“ erwähnt. Von zentraler Bedeutung ist für sie in diesem Zusammenhang der Fall der „Agenten mit spezieller Auftragsstruktur“ (AsA) Anfang der siebziger Jahre (erwähnt auf den Seiten 13, 128 f, 130, 161 f, 192, 197, 199). Mielke hätte in diesem Fall „extreme Defizite bei der Beweis- und Prozessführung“ festgestellt und daraus weitgehende Konsequenzen gezogen, die sich in der Folgezeit auf viele Bereiche der Tätigkeit der HA IX (unter anderem Rolle der „Zelleninformatoren“) und des Justizwesens (Rolle von Staatsanwalt und Verteidiger) ausgewirkt hätten. Diese „Kausalzusammenhänge“ sind meines Erachtens nicht nachvollziehbar.

Auf den Seiten 170 bis 175 werden die Beziehungen zu den U-Organen der anderen Ostblockländer skizziert. Dabei wird erstaunlicherweise „SOUD“ nicht erwähnt (detailliert im MfS-Lexikon“; auch dort findet sich nichts der noch 1987 erfolgten Änderungen und Ergänzungen). Erwähnt wird ein „Perspektivpapier“ der HA IX (Februar 1981) über „Grundsätzliche Ziele und Aufgaben in den nächsten Jahren“. Hinzuweisen ist auch auf einen 1986

vereinbarten Plan der Zusammenarbeit für die Jahre 1986 bis 1990, in dem als Schwerpunkte erwähnt werden: Maßnahmen gegen die „Friedensbewegung“, Beobachtung bestimmter Organisationen, Rolle der Kirchen; noch 1988 wurde eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Militärspionage unterzeichnet.

*Bernd Knabe*

**Katrin Max (Hrsg.): Tendenzen und Perspektiven der gegenwärtigen DDR-Literatur-Forschung. Würzburg: Königshausen & Neumann 2016, 386 Seiten, 49,80 €.**

Am 25. und 26. Oktober 2013 trafen im Senatssaal der Universität Würzburg überwiegend junge Literaturwissenschaftlerinnen und Literaturwissenschaftler zusammen, um in einem Workshop mit dem Titel „Tendenzen und Perspektiven der gegenwärtigen DDR-Literatur-Forschung“ ihre Forschungsvorhaben und ersten Untersuchungsergebnisse zu diskutieren. Die Fragestellung jener Zusammenkunft war so naheliegend wie produktiv: Wie positionieren sich junge Forscherinnen und Forscher mit eigenen Fragestellungen und Themen in der Vielfalt diverser Zugänge, zu der sich die DDR-Literaturforschung inzwischen geöffnet hat? Die elf Vorträge, die an diesen zwei Tagen in Würzburg diskutiert wurden, sind im letzten Jahr, ergänzt durch Beiträge acht weiterer Autorinnen und Autoren, in einem Tagungsband erschienen. Das Buchcover zeigt Fotografien einer Erika-Schreibmaschine, eines Typoskripts und vor allem von Büchern, gestapelt, aufgestellt und aufgeschlagen. Dies weist auf den Schwerpunkt des Bandes hin. Es geht um DDR-Literatur und ihre methodische Erforschung, weniger um die Bewertung von Autorbiografien oder um die Rekonstruktion staatlicher Eingriffe in Schreibprozesse, die kennzeichnend für die Auseinandersetzung mit der DDR-Literatur in

den 1990er Jahren waren. Eine solche Fokussierung begründet die Herausgeberin Katrin Max in der Einleitung inhaltlichen und formalen Merkmalen der DDR-Literatur. Eigene Traditionslinien und thematische Schwerpunkte sind demnach ebenso kennzeichnend wie die Ausprägung der Dokumentar- und Protokoll-Literatur sowie die Verwendung von Schreibweisen der "diskreten Andeutungen" und der metaphorisch vermittelten Gegenwartsbezüge. Was gemeinhin unter DDR-Literatur verstanden wird, ist überaus vielfältig, widersprüchlich und reicht über die räumlichen und zeitlichen Grenzen des Landes hinaus. Als verbindendes Kennzeichen schlägt Katrin Max deshalb den gemeinsamen Bezug auf die Utopie einer sozialistischen Gesellschaft vor, der bejahend, kritisch oder ablehnend gewesen sein konnte, aber immer vorhanden war.

Dass die Aufsätze und Projektvorstellungen überwiegend mit ausführlichen methodischen Reflexionen einsetzen, weist darauf hin, dass die konstatierte Vielfalt auch das Bedürfnis nach einem Verständigungsprozess weckt. Tatsächlich werden der Begriff "DDR-Literatur" und die Methoden ihrer Erforschung in den einzelnen Beiträgen durchaus kontrovers behandelt. So distanzieren sich mehrere Beiträge entschieden von einer politisch-ideologischen Lesart literarischer Texte. Den "Fragen nach ihrem ideologischen Ansinnen bzw. nach dem Widerstandspotenzial ihrer Urheber" setzt Katja Stopka eine "differenzierte Analyse der Literarizität" entgegen und veranschaulicht die "Doppelbödigkeit wie Doppeldeutigkeit" von Dokumentar- und Reportageliteratur. Auch Bernadette Grubner argumentiert in ihrem Aufsatz über Horst Beselers *Käuzchenkuhle* jenseits der "üblichen Polarisierung von staats-/parteikonformer versus dissidenter Literatur", denn diese Perspektive "verstellt m.E. den Blick darauf, dass literarische Texte stets das Potential mit sich führen, über Schematisierungen hinauszutreiben und einen Raum jenseits

verordneter Dichotomien zu öffnen". Mit einem psychoanalytischen Zugang zeigt sie auf, dass in dem Jugendbuch *Käuzchenkuhle* die "Schuldfrage" in Verbindung mit der NS-Vergangenheit "einerseits massiv" gestellt zugleich "aber ebenso heftig" wieder abgewehrt werde. Angesichts der Vielzahl von Intertexten, die Sebastian Horn in Werner Bräunigs Romanfragment *Rummelplatz* nachweist (unter anderem *Draußen vor der Tür* von Wolfgang Borchert), schließt er auf den "weit ausgreifenden gesamtdeutschen Ansatz des Romans" und fragt, ob *Rummelplatz* "noch der Kategorie ‚DDR-Literatur‘ zuzurechnen ist, oder ob der Roman nicht vielmehr als Schlüsseltext einer noch zu schreibenden deutsch-deutschen Literaturgeschichte gelten kann." Auch Johanna M. Gelberg kann mit einer "vereinfachenden Teilung der deutschen Nachkriegsliteratur in Kongruenz zur politischen Geographie" wenig anfangen. Bei ihrer Erkundung, "wie die deutsch-deutsche Grenze die Literatur und das Erzählen selbst geprägt hat" orientiert sie sich vielmehr an der Dynamik der "Abgrenzung und Verflechtung der beiden deutschen Staaten". Eine Untersuchung der DDR-Literatur "im Lichte europäischer und globaler Fragestellungen" nimmt Bernd Blaschke vor, wenn er sich den Italienreisebüchern von Hanns Cibulka, Waldtraut Lewin und Christine Wolter zuwendet und diese nach "Befindlichkeiten, Imaginationen und Reflexionen in der Auseinandersetzung mit dem Fremden" befragt. DDR-typisch sei an den von ihm untersuchten Reisebüchern unter anderem eine "Einmaligkeitspanik". "Die bedrückenden DDR-Umstände bewirken Intensitätssteigerungen der Reise-wahrnehmungen: erhöhte, nervöse Aufmerksamkeit als Folge des Mangels."

Mehrere Beitragende beschäftigen sich mit dem Verhältnis der DDR-Literatur zur literarischen Moderne. So möchte Kathrin Sandhöfer in ihrem Forschungsprojekt über das Werk Christa Wolfs durch die "Anbindung an die Moderne-Diskurse des

20. und 21. Jahrhunderts” “eine innovative Neuperspektivierung” erreichen. Eine “Gleichsetzung von modern und systemkritisch” lehnt sie dagegen ab, weil “modern” auf diese Weise zum problematischen “Werturteil statt zu einer literaturwissenschaftlichen Untersuchungskategorie” werde. Unter der Voraussetzung, dass moderne Literatur “nicht nur eine apolitische, ästhetizistische Ausprägung” “sondern auch eine politisch, anti-ästhetizistische” habe, kann Matthias Aumüller eine überraschende Perspektive auf die gemeinhin belächelten Aufbau-Romane der 1950er Jahre eröffnen. Auch diese hätten in ihrer immanenten Poetik an der literarischen Moderne teil, beispielsweise aufgrund ihrer episodenhaften Erzählstruktur, der nicht psychologischen Figurengestaltung und der “Darstellung iterativ strukturierter Prozesse”.

Andere Aufsätze sind in ihrer Methodik konventioneller, aber nicht weniger interessant. Anne M. N. Sokoll untersucht DDR-Studien und Statistiken über die Bewegung schreibender Arbeiter quellenkritisch und verweist darauf, dass Produktionsarbeiterinnen und Produktionsarbeiter in der Zusammensetzung der Schreibgruppen nie mehr als ein Drittel ausmachten. Diese wurden vielmehr von Angestellten, Schülern und Studierenden besucht. Die weitverbreitete These von einem Scheitern des Bitterfelder Weges möchte sie durch die Erkenntnis entkräften, dass die Bewegung schreibender Arbeiter, nachdem sie sich für weitere gesellschaftliche Gruppen geöffnet hatte, bis in die 1980er Jahre hinein kontinuierlich fortbestand. Wolfgang Emmerichs wirkungsmächtiges “Votum für eine Stärkung der ‚Kategorie des Ästhetischen‘” setzt Ramona Katrin Buchholz eine explizite Beschäftigung mit “der politischen Dimension von Texten aus der DDR”, hier der sogenannten Frauenliteratur, entgegen. Dabei stellt sie die These auf, dass die positiven bundesdeutschen Vorstellungen von DDR-Frauen als “Vorreiterinnen im

Kampf um Emanzipation und Gleichberechtigung” zwar von der Frauenliteratur aus der DDR gestützt wurden, diese jedoch bereits durch das Lektorat für die Lizenzausgaben eine “in Richtung Westkompatibilität und Anschlussfähigkeit an die Überzeugungen des westlichen Feminismus“ manipulierte Ausrichtung bekam. Namentlich Maxie Wanders *Guten Morgen, du Schöne* habe der Luchterhand-Verlag um Passagen gekürzt, in denen die porträtierten Frauen die in der DDR selbstverständliche Erwerbstätigkeit als Belastung schildern oder sich an männlichen Vorbildern orientieren. Auf diese Weise sei die systemimmanente Kritik in Maxie Wanders Buch verflacht worden. Auch Florian Urschel-Sochaczewski hält die Befragung “literarische[r] und filmische[r] Erzählungen der DDR auf ihre politische Position hin” weiterhin für geboten, insbesondere wenn es um die Gestaltung eines politisch so stark aufgeladenen Themas wie Kindheit und Jugend geht. Er verbindet die Rekonstruktion der SED-Jugendpolitik und Bildungsideologie mit der Analyse der Medienspezifik von Ulrich Plenzdorfs Monolog *kein runter kein fern* sowie Heiner Carows Film *Ikarus* und zeigt, wie Plenzdorf und Carow mit einer besonderen “medialen Sensibilität” jene “Formen und Medien” wählten, die es ermöglichten, “politische Ansprüche infrage” zu stellen.

Der Überblick macht deutlich, dass die Autorinnen und Autoren der einzelnen Aufsätze und Projektvorstellungen eine Öffnung und Neuperspektivierung der DDR-Literaturforschung nicht nur behaupten, sondern in einem lebendigen und leidenschaftlichen wissenschaftlichen Diskurs praktizieren. Dieser wendet sich auch vorurteilsfrei literarischen Texten zu, die sonst außerhalb des wissenschaftlichen Interesses stehen, wie Rainer Kirschs Porträtsammlung *Kopien nach Originalen* oder Christine Wolters Reiseroman *Die Hintergrundperson oder Versuche zu lieben*. Besonders überraschen dezidiert in-

terdisziplinäre Zugänge, wie Angela Gencarellis Textanalyse von Irmtraud Morgners Novelle *Das Seil* unter dem Aspekt einer "Verschränkung von Teilchenphysik und Poetik", denn hier wird unser Realismusverständnis auf die Probe gestellt. Gencarelli erklärt, dass für Irmtraud Morgner Phantastik und Realismus keinen Widerspruch bildeten. In Morgners Poetik seien Elementarteilchen als imaginäre und vorgestellte Dinge, die man nicht beobachten könne, gleich künstlerischen Hervorbringungen sinnliche Hilfskonstruktionen zur Erkenntnis des Realen.

Ein Resümee ist hier kaum zu ziehen und würde dem Arbeitscharakter des Buches widersprechen. Deutlich wird jedoch, dass die DDR-Literatur den etablierten literaturwissenschaftlichen Forschungsgegenständen gegenüber als gleichrangig angesehen werden kann. Die Beschäftigung mit ihr suspendiert nicht mehr von methodischer Reflektion und Anschlussfähigkeit an international relevante Forschungsfragen. Sicherlich ließe sich in puncto historischer Genauigkeit bei den von Katrin Max herausgegebenen Aufsätzen und Projektpräsentationen zuweilen etwas nachhaken, aber dies mag der Besprechung der fertigen Arbeiten vorbehalten bleiben. Die Bedeutung von *Tendenzen und Perspektiven der gegenwärtigen DDR-Literatur-Forschung* liegt vielmehr in seinem Diskussionsangebot, das in seiner Kontroversität von Nachwuchsforscherinnen und Nachwuchsforschern aufgegriffen werden sollte.

Jan Kostka

**Hajo Funke: antiautoritär. 50 Jahre studentenbewegung: die politisch-kulturellen umbrüche. eine flugschrift. VSA Verlag Hamburg 2017, 95 Seiten, 8,- €.**

An der Freien Universität Berlin fand in diesem Sommersemester eine Vorlesungsreihe zum Thema „Studentenbewegung – 50 Jahre danach“ statt. Die Konzeption der Ringvorlesung und ihre Leitung lagen in den Händen von Knut Nevermann, dem FU-AStA-Vorsitzenden von 1966/67 und späteren sozialdemokratischen Berliner Wissenschaftsstaatssekretär. Die Vorlesungsreihe begann am 11. April 2017, dem 49. Jahrestag des Attentats auf Rudi Dutschke. Das Programm ist noch auf den Internetseiten der Freien Universität Berlin abrufbar unter: <http://www.fu-berlin.de/sites/offenerhoersaal/kalender-studentenbewegung/termine-studentenbewegung/index.html>

Zur letzten Veranstaltung mit dem Thema „was bleibt?“ wurde mit folgendem Text eingeladen: „Die Studentenbewegung 1966 -1968 war ein Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik. Demokratisierung und Politisierung waren ihre Parolen, wissenschaftliches Hinterfragen, theorieerfülltes Argumentieren und antiautoritäres Agieren ihre Kennzeichen. Bei den Beteiligten herrschte das Gefühl, die Demokratie in Deutschland und das politische Denken neu zu begründen, diesmal von unten. Welches waren die Themen und Motive, die damals eine Rolle spielten? Was von dem, das damals kritisiert und gefordert wurde, ist auch heute noch plausibel? Was ist aus heutiger Sicht obsolet oder falsch? Welche Wirkungen lassen sich mittel- und längerfristig feststellen: auf die Beteiligten, auf die Hochschule, auf die wissenschaftlichen Fächer, auf die Öffentlichkeit, auf die Parteien und Verbände, auf Staat und Gesellschaft insgesamt? Welches waren und sind – mit dem Blick nach 50 Jahren – positive Effekte, welches negative? Vielfalt kennzeichnet nicht nur die

Studentenbewegung, sondern auch ihre historische Interpretation.“ Ein Blick in den Hörsaal der Abschlußveranstaltung beantwortete die Frage „Was bleibt?“ eindeutig. Die Zuhörerschaft bestand fast ausschließlich aus Frauen und Männern der Erlebnisgeneration im Alter von 65 aufwärts.

In einer Ringvorlesung die 1988 an der Freien Universität Berlin zum gleichen

schlechtesten Zeugen eines guten Ereignisses, wir sollten uns mit den punischen Kriegen oder dem Prager Fenstersturz befassen. Wir gehen mir, gehörte ich einer anderen Generation an, in unserer Funktion als Ereignisverweser gewaltig auf die Nerven, aber selbstverständlich gehöre ich zu den Achtundsechzigern und ich werde scharf aufpassen, daß da nichts Falsches aufkommt.“



Ringvorlesung „was bleibt?“ – 68er unter sich

Bildquelle: FU-Trailer

Thema stattfand, sprach Sylvia Bovenschen ironisch von den „Ereignisverwesern“ die 20 Jahre nach der Studentenbewegung auf ihre wilden Jahre zurückblickten. O-Ton Bovenschen:

„Wir sind die Generation, die ihr Erbe selber verschlingt, wir versuchen alle Beurteilungsvarianten arbeitsteilig selber zu liefern, um den Spielraum für Außeninterpretationen klein zu halten. Erst haben einige das Ereignis romantisiert und als sie damit allen anderen auf die Nerven gingen haben andere es bejammert, als niemand mehr das Gejammer ertragen konnte, haben wieder andere es denunziert. Im Moment sind wir in der Phase, ich gehöre dazu, der Selbstironisierung. Eine weitere, mehr oder weniger langweilige Methode das Ereignis zu bewachen. Wir sind die

Als eifernder Ereignisbewacher führt sich Hajo Funke in seiner soeben erschienen VSA-Flugschrift zum Jubiläum des Ausbruchs der Studentenbewegung auf. Es handelt sich bei dem Heft um eine erweiterte Fassung seines Vortrages aus Nevermanns Ringvorlesung. Mit viel Mut zur Lücke deutet Hajo Funke in seiner Darstellung der „der politisch kulturellen Umbrüche“ die Studentenbewegung in nachholender Geschichtsbegradigung zu einer quasi-sozialdemokratischen Veranstaltung um. Dazu paßt, was er über Gesine Schwan mitzuteilen hat. Sie gehöre, schreibt Funke, zu den „in den Auseinandersetzungen der 68er Bewegung an der Freien Universität politisch sozialisierten“ Wissenschaftlern. Oha, das ist wirklich neu.

Zunächst zitiert Funke aber seinen Pappkameraden namens Jörg Meuthen von der „rechtsradikalen Bewegungspartei“ AfD herbei und dessen Äußerung vom „linksrot-grün verseuchten (wahlweise: versiffen) 68er Deutschland“. Als Antwort auf diese „reaktionäre Kritik von Rechtsradikalen und Rechtspopulisten“ ruft Funke pathetisch „als die entscheidende progressive Antwort auf die Angriffe der Reaktion“ zur „Verteidigung einer nicht autoritären, sozial sensiblen Demokratie“ auf.

Buchseitenmäßig nimmt allerdings die „Antwort auf die Angriffe der Reaktion“ nur drei Seiten ein. Ein Drittel des Heftes füllt Funkes „Kritik der Kritik“. Dabei handelt es sich um den wenig gelungenen Versuch, die Untersuchungen von Wolfgang Kraushaar zum „Ursprungsmythos der Gewalt“ in der 68er Bewegung zu entkräften sowie um eine Auseinandersetzung mit den polemischen Thesen Götz Alys in dessen Abrechnungsbuch „Unser Kampf“. Was man auch immer von Alys phänomenologisch-vergleichender Betrachtung der 33er und 68er Studentenbewegung halten mag, sie rechtfertigt mitnichten Funkes Rundumschlag gegen Aly, „den politischen Charakter des Nationalsozialismus, vor allem dem ihm eigenen mörderischen Antisemitismus durch die Kontinuitätsthes zu verharmlosen und damit den spezifischen Charakter des Nationalsozialismus zu entstellen“. Es entzieht sich offenbar Funkes Begriffshorizont, dass eine vergleichende Betrachtung keine „Gleichsetzung“ ist.

Hajo Funke fühlt sich aufgerufen, aus Rudi Dutschke einen pazifistischen Gutmenschen zu machen. Funke findet es unerträglich, dass Kraushaar „die Ikone der 68er“, „den mythisch-charismatischen Rädelsführer [...] mit dem bewaffneten Kampf, ja der Roten-Armee-Fraktion belasten“ will und damit „insgesamt die gesamte Studentenbewegung“. Funkes Versuch Kraushaar mit Hilfe des Zeitzeugenbestecks an den Kragen zu gehen und Dutschkes revolutionäre Phrasen vom

Tisch zu wischen verläuft folgendermaßen. Zunächst zitiert Funke verkürzt aus dem „Organisationsreferat“ das Rudi Dutschke auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt am Main vorgetragen hat. Dutschke hatte dieses Referat gemeinsam mit Hans-Jürgen Krahl vom Frankfurter SDS verfaßt. In Funkes Kampfschrift taucht Hans-Jürgen Krahl hier seltsamerweise mit dem falschen Vornamen „Hans-Joachim“ auf.

Die vollständige Passage des „Organisationsreferates“, um die es hier geht, lautete: „Die Agitation in der Aktion, die sinnliche Erfahrung der organisierten Einzelkämpfer in der Auseinandersetzung mit der staatlichen Exekutivgewalt bilden die mobilisierenden Faktoren in der Verbreiterung der radikalen Opposition und ermöglichen tendenziell einen Bewußtseinsprozeß für agierende Minderheiten innerhalb der passiven und leidenden Massen, denen durch sichtbar irreguläre Aktionen die abstrakte Gewalt des Systems zur sinnlichen Gewißheit werden kann. Die ‚Propaganda der Schüsse‘ (Che) in der ‚Dritten Welt‘ muß durch die ‚Propaganda der Tat‘ in den Metropolen vervollständigt werden, welche eine Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit geschichtlich möglich macht. Der städtische Guerillero ist der Organisator schlechthinniger Irregularität als Destruktion des Systems der repressiven Institutionen.“ Ob allerdings dieses Zitat tatsächlich Dutschke zugerechnet werden könne, hält Funke für fraglich und beruft sich dabei auf den Zeitzeugen Jürgen Treulieb (SDS, 1968/69 Vorsitzender des AStA an der FU).

Da soll also Rudi Dutschke auf der SDS-Delegiertenkonferenz im September 1967 ein „Organisationsreferat“ mit einer von Hans-Jürgen Krahl eingeschmuggelten Passage vorgetragen haben, ohne zu reflektieren, was er da vorlas. Von Dutschkes eigener Hand liegen freilich bereits Notizen vom Februar 1966 vor, die Siegward Lönnendonker und der Autor dieses Textes 2002 veröffentlicht haben. Darin machte sich Dutschke Gedanken über die

„soziale Basis der Stadtguerilla“, die er u.a. im „Gegenmilieu (mit subkultureller Dynamik)“, sah. In dem 1968 erschienenen *rororo*-Paperback „Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition“ schrieb er: „Der Kampf der Vietcong oder der MIR in Peru sind unsere Kämpfe, müssen bei uns tatsächlich über rationale Diskussion und prinzipiell illegale Demonstrationen und Aktionen in bewußte Einsicht umfunktionalisiert werden – eine riesige, fast unlösbare Aufgabe.“

Der italienische Verleger Giangiacomo Feltrinelli, den Boris Pasternaks „Doktor Schiwago“ zum Millionär gemacht hatte, traf im Februar 1968 zum Vietnam-Kongreß in West-Berlin ein – nicht in „Westberlin“ wie Funke schreibt. Feltrinelli übergab Dutschke eine Tasche mit Sprengstoff. Dazu Funke: „Allerdings ist nicht klar, ob dies eine geplante Aktion war oder eher einer Notsituation gleichkam und Dutschke tatsächlich alsbald den Sprengstoff zu entsorgen wusste“. Was Funke als „nicht klar“ bezeichnet, ist von Rudi Dutschke selbst einige Jahre später in einem Interview mit dem italienischen Journalisten Valerio Riva sehr klar gestellt worden: „Es ging darum, wenn der Angriff des Westimperialismus in Vietnam sich weiter steigerte und wir keine andere Möglichkeit mehr sahen, daß bestimmte amerikanische Schiffe, die mit Kriegsmaterial direkt nach Vietnam fahren – das wir sie halt auch sprengen werden. Im Hintergrund stand dabei nicht die Ideologie der Roten-Armee-Fraktion, sondern, wie es damals formuliert wurde: Gewalt gegen Sachen, aber nicht Gewalt gegen Personen. Um Aufklärung und Aktion durchzuführen, als symbolischen Akt, ohne dabei im geringsten Gewalt gegen Menschen anzuwenden. Ob es ein Mythos war, eine Illusion, das sei dahingestellt. Aber davon gingen wir aus.“

Rudi Dutschke hat sich in den 70er Jahren mehrfach entschieden gegen den RAF-Terror gewandt. Er hatte eine andere Idee vom Aufstand gegen das System – pazifistisch waren diese Überlegungen aber

nicht. Abschließend ist Hajo Funke voll und ganz zuzustimmen, wenn er sich tapfer ins Zeug legt und bekennt: „Es ist meines Erachtens falsch, ein Bild zu zeichnen, das einem globalen Verriss der 68er gleichkommt.“

*Jochen Staadt*

**Gerhard Sälter, Johanna Dietrich, Fabian Kuhn: Die vergessenen Toten. Todesopfer des DDR-Grenzregimes in Berlin von der Teilung bis zum Mauerbau (1948–1961). Christoph Links Verlag 2016, 310 Seiten, 30,00 €.**

Das Buch enthält die Biografien von 39 Personen, die vor dem Mauerbau an der innerstädtischen Berliner Grenze getötet wurden. Die meisten davon waren Zivilisten, die sich Kontrollen durch die DDR-Grenzwachen entziehen wollten oder sich Festnahmen widersetzen. Auch ein West-Berliner Polizeibeamter, zwei Soldaten der amerikanischen Streitkräfte und zwei DDR-Polizisten wurden an der 43 km langen Sektorengrenze zwischen Ost- und West-Berlin erschossen. Die an der Sektorengrenze in Berlin eingesetzten Grenz- und Volkspolizisten hatten bereits seit 1948 Anweisung auf „Grenzverletzer“ zu schießen, wenn sie auf Anruf nicht stehenblieben und trotz Warnschüssen die Demarkationslinie überqueren wollten.

Die Autoren kommen in der Schlussbemerkung ihrer sorgfältigen wissenschaftlichen Untersuchung der 39 Todesfälle zu dem Ergebnis, daß es sich bei den Schußwaffenanwendungen „durchweg um die ebenso stupide wie skrupellose Umsetzung eines Schießbefehls“ gehandelt habe, wobei „keine Verhältnismäßigkeit mehr zwischen dem Anlass, der Verweigerung einer Überprüfung, und der Konsequenz, der Tötung eine Menschen, bestand“. Da nach der Wiedervereinigung in vielen Fällen die Namen der Todesschützen nicht mehr ermittelt werden konnten und einige von ihnen auch schon gestorben waren, kam es in nur zwei Fällen zu geringfügigen Verurteilungen. *jos.*